

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monat-
lich 1,20 RM. zuzüglich Bestell-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neuange-
kommene Peltzzeit kostet 25 Pfennig,
die Reflamzelle 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

№ 183

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Mittwoch, den 19. November 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Öffentliche Steuerermahnung.

Die bis zum 15. d. Mts. fällig gewordenen direkten Staats- und Gemeindesteuern (Hauszins, Grundvermögens- und Gewerbesteuer) sowie die Hundesteuern und der Feuerbeitrag sind mit 10 % jährlichen Verzugszinsen, vom Fälligkeitstage an gerechnet, spätestens bis zum 22. d. Mts. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten. Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen und dafür Zinsen und Gebühren erhoben. Im Falle der Zahlung auf bargeldlose Weise oder durch die Post muß der Betrag spätestens bis zum 22. d. Mts. der Kasse postalisch zugeführt worden sein.

Birkenwerder, den 18. November 1930.

Die Gemeindekasse. U. d. d.

Beamtenehaltungs Kürzung ab 1. Februar

Berlin, 18. November.

Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers verabschiedeten die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats in zweiter Lesung das Haushaltsgesetz und den Reichshaushaltsplan 1931. Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Ueberweisungen um 100 Millionen Mark, die im Hinblick auf die Einrückung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden vorgelegen ist, einen Ausgleich zu gewähren. Für einen Betrag von 50 Millionen Mark werden ihnen im Reichsbesitz befindliche Reichsbahnvorzugsaktien übereignet.

Die Tragung der restlichen 50 Millionen soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgelegene 6prozentige Gehaltskürzung der Beamten schon am 1. Februar 1931 beginnen und entsprechend mit dem 31. Januar 1934 außer Kraft treten soll. Ab 1. Februar 1931 wird die Reichshilfe der Beamten auf die Gehaltskürzung angerechnet.

Preisentung für Seefische

Berlin, 18. November.

Zwischen dem Ernährungsministerium und dem Fischhandel wurde vereinbart, daß die durchschnittlichen Kleinverkaufspreise für Seefische für Berlin mit sofortiger Wirkung herabgesetzt werden.

Die Preisentungen betragen pro Pfund für Schellfisch im ganzen 9 1/2 Pfennig gleich 16 Prozent, für Kabeljau im Schnitt 21 Pfennig gleich 28 Prozent und für Fischfillet 20 Pfennig gleich 33 Prozent. Der Reichsverband der Deutschen Fischhändler e. V. wird für eine entsprechende Minderung der Preise im ganzen Reich Sorge tragen.

Ein Wahlkuriosum

Ueberlingen am Bodensee, 18. November.

Bei den Gemeindevahlen haben in Ueberlingen die Nationalsozialisten so viele Stimmen aufgebracht, daß es für 13 Stadtverordnete reichte. Nun stellte sich aber heraus, daß die Partei viel weniger Kandidaten aufgestellt hatte, nämlich nur 8, so daß die übrigen 5 Mandate den Bestimmungen der Wahlordnung entsprechend auf andere Parteien verteilt wurden. Dadurch erhielt das Zentrum 3 und die Einheitsliste 2 Mandate mehr.

Krenger vorat den Polen

Verlängerung des polnischen Zündholzmonopols

Warschau, 18. November.

Zwischen dem polnischen Finanzministerium einerseits und der Gesellschaft für die Ausnutzung des Zündholzmonopols in Polen sowie der Svenska Tändsticks AB andererseits wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach das Pachtmonopol für die Zündholzerzeugung um 20 Jahre bis zum Jahre 1965 verlängert wird. Im Zusammenhang damit wird die schwedische Gesellschaft eine neue 6 prozentige Anleihe im Betrage von 32 400 000 Dollar zum Emissionszins von 93 Prozent gewähren.

Zur Katastrophe von Lyon

14 Tote in Lyon geboren. — Geplantes Kanalisationsroß die Ursache.

Paris, 18. November.

Wie der Matin aus Lyon berichtet, sind bis jetzt 14 Leichen geboren worden, darunter die eines Kindes. Die Befürchtungen, daß das Chagueur-Hospital einstürzen könnte, sind noch nicht beboren. Man hat versucht, die Herkunft des Grundwassers, durch welches das Erdreich aufgeweicht wurde, festzustellen. Wie der Bürgermeister von Lyon, Herriot, erklärt, hat sich durch Färbung des Wassers im Wasserfermoir des Chagueur-Hospitals erwiesen, daß ein im südlichen Hügel des Kranenhaus gelegenes Kanalisationsroß gebrochen sein muß und daß das Erdreich das dort ausströmende Wasser nicht mehr auf aufnehmen können. Dadurch sind, wie man annimmt, eine Unterpflanzung und dann die aufeinanderfolgenden Erdstöße hervorgerufen worden.

Beginn der Wirtschaftskonferenz

Genf, 18. November

Die zweite diesjährige Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes hat begonnen. Sie bildet die Fortsetzung der Vorkonferenz für die planmäßigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die im Februar und März d. J. stattgefunden hat und zur Annahme der sogenannten Genfer Handelskonvention führte, durch die die vertragsschließenden Staaten sich eine gewisse Stabilität der Zolltarife gegenseitig gemähren wollten. Die jetzige Konferenz soll nun beschließen, wann und unter welchen Bedingungen die Konvention in Kraft treten soll. Schon der erste Tag der Konferenz hat ergeben, daß die Schwierigkeiten für die Intraffsetzung sehr groß sind.

Der Vorsitzende der Konferenz, der ehemalige holländische Ministerpräsident Colijn stellte den Delegierten, deren Regierungen die Konvention ratifiziert haben, die Frage, ob sie damit einverstanden seien, daß die Konvention unter ihnen schon jetzt in Kraft trete. Diese Frage wurde von allen in vereintem Sinne beantwortet und zwar hauptsächlich mit dem Hinweis, daß die Konvention eine noch nicht genügende Zahl von Ratifikationen gefunden habe.

Ministeriatrat Folle, der Deutschland auf der Konferenz vertritt, erklärte, daß die Reichsregierung die Konvention den eingehenden Körperchaften nach Zusammentritt des Reichstages vorlegen werde. Der Vertreter Frankreichs teilte mit, daß die französische Kammer die Konvention ratifiziert habe und daß sie jetzt dem Senat vorliege. Der italienische Vertreter erklärte, daß die italienische Regierung soeben die Ratifikationsurkunde dem Generalsekretär überhandelt habe. Die Verhandlungen dauern an.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz

Vertrag des Intraffsetzens der Genfer Handelskonvention

Genf, 18. November.

Die Frage der Intraffsetzung der Genfer Handelskonvention ist von der Wirtschaftskonferenz vorläufig verlagert worden. Angesichts der kleinen Anzahl von Ratifizierungen, die bis jetzt eingegangen sind, kann man über ein, den ursprünglich auf den 1. November festgesetzten Termin für den Eingang der Ratifikationsurkunden bis zum Januar zu verzweifeln.

Die Konferenz begann sodann mit der Beratung des Programms für die künftigen wirtschaftspolitischen Verhandlungen, die einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Verbesserung der Produktionsbedingungen und des Warensaustausches, Erweiterung der Warenmärkte und der Befestigung des Wirtschaftsfriedens im allgemeinen dienen sollen. Es liegen der Konferenz verschiedene Vorschläge vor, von denen bisher der englische Antrag eines gruppenweisen Zollabbaus und ein holländischer Antrag, der in der gleichen Richtung liegt, besprochen wurden. Der Vertreter Großbritanniens erläuterte den englischen Antrag, der seinen ersten Schritt zu einem generellen Zollabbau sein sollte. England sei bereit, mit allen Staaten darüber in Verhandlungen einzutreten. Der Vertreter Hollands betonte, Holland habe bis jetzt eine liberale Handelspolitik betrieben, die seine wirtschaftliche Entwicklung auch begünstigt habe; aber es sehe sich jetzt Ländern gegenüber, die einer weniger freiheitlichen Handelspolitik huldigten. Holland beabsichtige nicht, seine Politik zu ändern. Sache der anderen Länder sei es aber zu verhindern, daß Holland andere Handelsmethoden einsetze.

Neuer deutscher Abrüstungsantrag

Genf, 18. November

Graf Bernstorff hat im vorbereitenden Abrüstungsausschuß den Antrag gestellt, daß außer dem Verbot des Gaskrieges ein Verbot aller schweren Angriffswaffen, wie z. B. Mörser, schwerer Geschütze und Tanks, in die Abrüstungskonvention aufgenommen werde.

Der Antrag sieht im einzelnen vor, daß außerhalb von Befestigungs Geschütze mit einem Kaliber über 77 Millimeter, Handminen über 105 Millimeter verboten sein sollen; innerhalb von Befestigungsanlagen sollen Geschütze mit einem Kaliber von über 105 Millimeter, Handminen über 210 Millimeter, ferner Mörser und Minenwerfer über 150 Millimeter verboten sein; desgleichen sollen unter das obliegende Verbot fallen alle Arten von Kampfwagen (Tanks). Die Staaten sollen sich verpflichten, das vorhandene Material zu zerstören und darüber an den Generalsekretär des Völkerbundes berichten. — Nachdem der Ausschuß den Grundsatze der direkten Herabsetzung des Heeresmaterials abgelehnt hat, ist es mehr als zweifelhaft, ob er diesen Antrag annehmen wird.

Senatswahl in Chile.

Bei einer Nachwahl zum Senat in Chile wurde im zweiten Wahlgang der linksrepublikanische Kandidat Dr. la Grange mit 1338 Stimmen gewählt. Es handelt sich um die Befreiung eines durch den Tod eines radikalen Senators frei gewordenen Mandats.

Vor der Demission Baugoin

Schoberblock und Christlich-sozialer verhandelt.

Wien, 18. November.

Die Wiener Sonn- und Montagszeitung will aus parlamentarischen Kreisen, in denen in den letzten Tagen die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung aus Christlich-sozialen und Schoberblock lebhaft erörtert wird, die sichere Mitteilung erhalten haben, daß das Kabinett Baugoin im Laufe dieser Woche dem Bundespräsidenten seine Demission anbieten werde. Die Regierung werde mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden, bis die Verhandlungen, welche die Christlich-sozialer Partei mit Dr. Schober aufnehmen gedenke, zum Abschluß gelangen, und eine neue Regierung gebildet werde. Das Wahlkabinett Baugoin werde nicht vor das neue Parlament treten. Starhemberg dürfte dem neuen Kabinett nicht wieder angehören. Dagegen legten die Christlich-sozialen Wert darauf, daß Baugoin als Bundesminister für das Heerwesen bleibe. Man glaube nicht, daß an dieser Frage die Verhandlungen mit dem Schoberblock scheitern könnten. Der Heimatblock werde sich der Regierungsmehrheit nicht anschließen, sondern eine abwartende Haltung einnehmen.

Frankreichs Justizminister demissioniert

Senator Chéron Nachfolger Perets

Paris, 18. November.

Justizminister Raoul Peret hat dem Ministerpräsidenten Lardieu seine Demission als Justizminister unterbreitet. Lardieu hat sich darauf ins Einverständnis und den Präsidenten der Republik davon in Kenntnis gesetzt. Ministerpräsident Lardieu hat Senator Chéron das Portfeuille des Justizministeriums angeboten. Dieser hat das Angebot angenommen.

Russische Kriegsprophezeiungen

Gasmasken für die russische Bevölkerung.

Kowno, 17. November.

In heiligen politischen und diplomatischen Kreisen verfolgt man mit großem Interesse die Maßnahmen der Sowjetbehörden, die sich auf die Landesverteidigung beziehen. In Leningrad haben große Gasmanöver begonnen, wobei die Stadt in Gaswollen gehüllt wurde. Von größerer Bedeutung ist die Anordnung, daß die Bevölkerung sich im Laufe von zwei Jahren mit Gasmasken für den Fall eines Gasangriffs auf Leningrad auszurüsten habe. Die Gasmasken müssen von der Bevölkerung auf eigene Kosten beschafft werden, und zwar zum Preise von 12 Mark, die in mehreren Raten bezahlt werden können.

Verschiedene Vorgänge deuten darauf hin, daß man im Rußland mit einem Kriege rechnet, der von einer ausländischen Macht zum Sturze des Sowjetregimes angezettelt werden würde. Ein Korrespondent der „Times“, der von einigen Wochen Rußland besucht hat, erklärte, in Moskau herrsche die Meinung vor, daß der Krieg im Jahre 1935 beginnen werde. Ein russischer General soll sich dahin geäußert haben: „Der Krieg wird kommen, das ist unumgänglich. Dazu braucht England's selbst gar nicht Krieg mit uns zu führen, aber es wird anderen Staaten befehlen, dieses zu tun, etwa Polen und China.“ Andere russische Kreise wollen hinter dem baltisch-balkanischen Agrarblock eine sowjetfeindliche Front unter Führung des französischen Imperialismus erkennen.

Selbstfalls besteht ziemlich allgemein in den führenden russischen Kreisen die Auffassung, daß dieser Krieg zur Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Staaten und der Sowjetunion kommen werde und kommen müsse. Die größte Sorge der russischen Regierung scheint die Durchführung des Fünfjahresplanes zu sein. Sollte das Experiment glücken, dann hofft man, die Bevölkerung mit allen nötigen Waren versorgen zu können, um es dann auf eine Auseinandersetzung ankommen lassen zu können.

Dzeanklieger Levine Geldfälliger?

Wien, 18. November.

Der Transozeanflieger Charles Levine wurde von Wiener Kriminalbeamten auf dem Semmering verhaftet. Levine soll in eine Frankenschuldsachenaffaire verwickelt sein. Wie verlautet, soll eine eingehende Beobachtung Levines und die Nachprüfung die Beteiligung des Amerikaners an der Ungelegenheit einwandfrei ergeben haben.

Ein furchtbares Verlehen

Newyork, 18. November.

Nach Meldungen aus Bogota impfte der Arzt eines Privathospitals in Medellin verheerend 49 Kinder mit Diphtherieinfektionen anstatt mit Antitoxin. 16 Kinder sind bereits gestorben, die übrigen schweben in Lebensgefahr. Die Polizei bemacht das Haus, da die erregten Eltern der Kinder es zu stürmen drohen.